

Merkels Sparpaket und Anti-Gesundheitsreform sind nicht zu „korrigieren“: Sie müssen gestoppt und zurückgenommen werden!

83 % der Bürger und Bürgerinnen in Deutschland lehnen das Sparpaket und die Anti-Gesundheitsreform, die das Kabinett der Regierung Merkel am 7. Juli beschlossen hat, als „sozial ungerecht“ ab.

Dieses größte Spar-/und Verarmungsprogramm in der Geschichte des Landes umfasst die dramatische Kürzung von 7,9% im Sozialetat mit Einschnitten bei den Renten, die viele alte Menschen in die Verelendung stürzen werden; Kürzungen beim Wohngeld bis zu 40% - „ein beispielloser sozialpolitischer Kahlschlag“ (Mietverbund); Streichung des Heiz- und Elterngeldes, d.h. für immer mehr Familien den Absturz in Hartz IV. Fassungslosigkeit bei der Bundesagentur für Arbeit über die Pläne der Regierung, bis 2011 durch die Umwandlung von Pflicht- in Ermessungsleistungen 1,5 Mrd. Euro und bis 2014 dann 3 Mrd. Euro zu „sparen“ – d.h. die weitere Entrechtung und Verarmung der Arbeitnehmer, die in die Arbeitslosigkeit geworfen wurden.

„Das ist genau das, was wir wollten“, kommentiert zufrieden Gesundheitsminister Rösler die vom Kabinett der Regierung Merkel beschlossene Anti-Gesundheitsreform.

Sie bedeutet den definitiven Einstieg in die Kopfpause, d.h. den definitiven Abschied vom Prinzip der paritätischen und solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung aus dem Gesamtlohn und der solidarischen Beitragsfinanzierung. Das ist der definitive Einstieg in den Systemwechsel zur 3-Klassen, zur Armen-Medizin. Dafür wurde schon durch Schröders Agenda-Politik und von der Großen Koalition der Weg bereitet: mit immer neuen Formen der Selbstbeteiligung für die Patienten, dem Wegfall von Leistungen, Praxisgebühren, Zuzahlungen und der Aushöhlung der Parität durch Senkung des Arbeitgeberanteils, sowie dem verstärkten Wettbewerbsdruck auf die Kasernen.

Das ist eine „Kampfansage an die Versicherten“ (DGB)

Die arbeitende Bevölkerung, Arbeitslose und Jugend, Kranke, 70 Millionen Kassenmitglieder sollen bluten für die Milliardenverschuldung für die Rettung der Banken und Konzerne.

„Die Zeit drängt, die Regierung Merkel,

die Regierung ohne Mehrheit im Volk, will, solange ihr niemand das Handwerk legt, trotz aller inneren Zerrissenheit ein nie da gewesenes Zerstörungsprogramm umsetzen“, schreiben Sozialdemokraten in einem Brief an die Delegierten des SPD-Landesparteitags zur Verabschiedung des Koalitionsvertrags der SPD-geführten Minderheitenregierung.

NRW als „soziales Bollwerk“ gegen die Regierung Merkel?

In NRW hatte die Wählermehrheit, vor allem die Arbeitnehmerschaft, mit ihrer Abstimmung in den Wahlen am 9. Mai 2010 entschieden den politischen Wechsel gefordert; sie wollte, dass Schluss ist mit der Politik der Schwarz-Gelben Koalition in Berlin und NRW, die den Krisenverantwortlichen Milliarden aushändigt, um die Bevölkerung mit Arbeitsplatzverlusten und sozialer Verarmung die Zeche zahlen zu lassen. Und sie haben der SPD unter Hannelore Kraft die Stimme verweigert, die diese Politik, im Schulterschluss mit der SPD-Führungsspitze immer begleitet und unterstützt hat.

Wann gab es eine klarere Verantwortung für die SPD, der Partei, die vor über hundert Jahren zur Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen aufgebaut wurde, für die Bildung einer SPD-geführten Regierung zur Verwirklichung des politischen Kurswechsels durch Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der Krise?

Doch Hannelore Kraft hat in voller Übereinstimmung mit dem Bundesvorsitzenden Gabriel die Verpflichtung der SPD auf den wirklichen Politikwechsel verweigert und mit allen Mitteln bekämpft, den die Wählermehrheit in NRW gefordert hat und den ganz Deutschland braucht. Jetzt dokumentiert sie mit dem Koalitionsprogramm, dass sie auch weiterhin alles dafür tun wird, um zu verhindern, dass eine SPD-geführte Regierung in NRW zur Speerspitze des Widerstands der Millionenmehrheiten gegen die „Sparhammer“ - Politik der Regierung Merkel werden könnte.

Die DGB-Gewerkschaften haben eine Mobilisierung der Betriebe und Verwaltungen angekündigt: gegen Merkels Sparpaket, die weitere Verschärfung der Finanznot der Kommunen und gegen die Anti-Gesundheitsreform.

Doch warum erst für Ende Oktober und

November?

Warum nicht im September, wenn die Regierungspläne in den Bundestag eingebracht werden?

Warum im Rahmen des Aufrufs des Europäischen Gewerkschaftsbundes, der die Milliardenflutung an die Banken und Spekulanten akzeptiert und mit „Kritik“ an der „sozialen Schieflage“ für die sozial akzeptablere Gestaltung der Sparprogramme eintritt?

Der historische Auftrag der Gewerkschaften ist die Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Die Gewerkschaften haben das verfassungsrechtlich geschützte Recht (Art 9, GG) und den Auftrag für den gewerkschaftlich organisierten Kampf gegen Regierungsentscheidungen, die die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeitnehmer betreffen.

Doch: ArbeitnehmerInnen und Jugend werden nicht in den Kampf treten für „sozialverträgliche Korrekturen“ an dem „Krisenbewältigungsprogrammen“ der Merkel, der EU und des IWF zur Rettung des Finanzmarktes und des Euro.

Eine wirkliche, die gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der gesamten Arbeitnehmerschaft wird es nur geben können auf der Grundlage der Forderungen: Stopp und Rücknahme des brutalen Sparpakets und der Anti-Gesundheitsreform der Regierung Merkel, welche die noch existierenden sozialen Errungenschaften, die sozialen Existenzgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung in einem bisher ungekannten Ausmaß bedrohen.

Sozialdemokratische GenossInnen in NRW wie in Berlin treten in ihren Beiträgen in dieser Ausgabe dafür ein, dass SozialdemokratInnen, dass die SPD sich an der Seite der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft für eine gemeinsame Organisation der Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und Jugend engagiert: Merkels Sparpaket und Anti-Gesundheitsreform müssen gestoppt und zurückgenommen werden!

Die „Einheit der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen im Kampf für die Verteidigung der Grunderrungenschaften des Sozialstaats, das ist die Kraft, die in der Lage ist, die Merkel Politik zur Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung zurückzuschlagen.“

Carla Boulboulé